

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses**  
**am Dienstag, dem 25.03.2003**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:**

**I. Öffentlich**

- |    |                                                                                                                                                                                                                            |
|----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1  | Einwohnerfragestunde                                                                                                                                                                                                       |
| 2  | Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 28.01.2003                                                                                                                                                                      |
| 3  | 02 - 13 1315/2003      Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2002                                                                                                                                         |
| 4  | 05 - 13 1294/2003      7. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL K/3<br>- Luitgardisstraße - (Teilplan Nordwest);<br>hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung<br>2. Satzungsbeschluss |
| 5  | 05 - 13 1298/2003      4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. P 3/1<br>- Raiffeisenstraße/Nord -;<br>hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung<br>2. Satzungsbeschluss                 |
| 6  | 05 - 13 1300/2003 E1    Aufhebung des Bahnüberganges "Am Löwentor";<br>hier: Abschluss einer Planungsvereinbarung                                                                                                          |
| 7  | 05 - 13 1301/2003 E1    43. Änderung des Flächennutzungsplanes betreffend Darstellung einer<br>Konzentrationszone für Windenergieanlagen;<br>hier: 1. Bericht zur durchgeführten 4. Offenlage<br>2. Feststellungsbeschluss |
| 8  | 10 - 13 1321/2003      Fachtagung Forschungsprojekt "Potenzial und Wirkungen des<br>Jugendhilfeausschusses" am 30.04.2003 in Münster                                                                                       |
| 9  | Mitteilungen und Anfragen                                                                                                                                                                                                  |
| 10 | Einwohnerfragestunde                                                                                                                                                                                                       |

Anwesend sind:            Ulrich, Herbert  
als stellv. Vorsitzender

Die Mitglieder:            Arntzen, Helmut  
Beckschaefer, Christian  
Bongers, Karl-Heinz  
Brink ten, Johannes (für Mitglied Lang)  
Diks, Johannes  
Heering, Anneliese

Hetterscheidt, Herbert (für Mitglied Slood)  
Jansen, Albert  
Kremer, Helmut  
Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf  
Roebrock, Wilhelm  
Siebers, Sabine  
Spiertz, Andre  
Struckhof, Detlef  
Tenhaef, Alfred  
Wernicke, Hans-Jörgen (für Mitglied Jessner)

Entschuldigt fehlen: Diekman, Rolf  
Jessner, Udo  
Lang, Hermann  
Slood, Birgit

Von der Verwaltung: Boch, Horst (ab TOP 7)  
als Vorsitzender

Erster Beigeordneter Dr. Wachs  
Herr Siebers  
Herr Holtkamp  
Herr Kemkes  
Frau Lebbing  
Frau Evers (Schriftführerin)

Der stellv. Vorsitzende Herbert Ulrich eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.00 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Damen und Herren des Ausschusses, der Verwaltung und der örtlichen Presse.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Mitglied Struckhof, vor allen Ausschuss- und Ratssitzungen für die Dauer des Irak-Krieges eine Gedenkminute für die Opfer einzulegen.

Die Fraktionsvorsitzenden sind damit einverstanden.

Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen und gedenken der unschuldigen Opfer des Irak-Krieges.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

## **I. Öffentlich**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner anwesend.

## 2 **Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 28.01.2003**

Gegen die gemäß § 24 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

## 3 **02 - 13 1315/2003 Über- und außerplanmäßige Ausgaben des Haushaltsjahres 2002**

Mitglied Wernicke stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu empfehlen.

1. Der Rat beschließt, die unter Ziffer 1 aufgeführten und gem. § 82 Abs. 1 Satz 4 letzter Halbsatz i.V.m. § 6 Abs. 1 der Haushaltssatzung genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis zu nehmen.
2. Der Rat beschließt, die unter Ziffer 2 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 82 Abs. 1 Satz 4 letzter Halbsatz GO NW zu genehmigen.

Beratungsergebnis: 17 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

## 4 **05 - 13 1294/2003 7. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL K/3 - Luitgardisstraße - (Teilplan Nordwest); hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung 2. Satzungsbeschluss**

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu empfehlen.

Mitglied Siebers teilt für ihre Fraktion mit, dass sie diesen Beschluss ablehnt.

### **Zu 1)**

Der Rat beschließt, dass die Anregungen des staatlichen Kampfmittelräumdienstes mit der Ergänzung des Bebauungsplanes um einen Hinweis abgewogen sind

### **Zu 2)**

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. EL K/3 -Luitgardisstraße- (Teilplan Nordwest) mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Hierdurch wird der Bebauungsplan für das Grundstück Lindenallee 31 - 33, Gemarkung Elten, Flur 9, Flurstück 299, dahin gehend geändert, dass

- a) die überbaubare Fläche in nördlicher Richtung auf eine Tiefe von 26,0 m erweitert wird,
- b) die Zulässigkeit von Garagen und überdachten Stellplätzen außerhalb der überbaubaren Fläche aufgehoben wird,
- c) ein Pflanzgebot für einen Baum I. Größenordnung festgesetzt wird.

Beratungsergebnis: 16 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 5 05 - 13 1298/2003 4. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr . P 3/1  
- Raiffeisenstraße /Nord -;  
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und  
Trägerbeteiligung  
2. Satzungsbeschluss**

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu empfehlen.

**Zu 1)**

Der Rat nimmt den Bericht zur durchgeführten Offenlage und Trägerbeteiligung zur Kenntnis.

**Zu 2)**

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. P 3/1 -Raiffeisenstraße/Nord- mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Hierdurch wird der Bebauungsplan für das Grundstück Raiffeisenstraße 43, Gemarkung Praest, Flur 2, Flurstück 226, dahin gehend geändert, dass die überbaubare Fläche in Richtung Raiffeisenstraße bis in Höhe der Gebäudefront des Nachbargebäudes Raiffeisenstraße 32 erweitert wird.

Beratungsergebnis: 16 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

- 6 05 - 13 1300/2003 E1 Aufhebung des Bahnüberganges "Am Löwentor";  
hier: Abschluss einer Planungsvereinbarung**

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erläutert kurz die Vorlage, die das Beratungsergebnis des Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses wiedergibt und ausgetauscht wurde.

Mitglied Struckhof erklärt, dass die FDP dem Beschluss heute zustimmt, seine Fraktion jedoch die sog. "kleine Lösung" (Durchgang nur für Fußgänger, Radfahrer, Behinderte) bevorzugt.

Mitglied ten Brink wünscht, dass seine Aussage wörtlich ins Protokoll aufgenommen wird: "In der erneuten Vorlage möchte ich doch die Aussagen des BPVA etwas vertieft wiederfinden. Wir hatten im BPVA folgende Forderungen gestellt: Alle Lösungen, die untersucht werden, müssen behindertengerecht sein. Sie müssen behindertengerecht sein, d. h. Rampenlösungen ohne technische Hilfsmittel, ohne Aufzuglösung. Die Varianten müssen ohne Angsträume und durchschaubar sein. Wenn wir Planungen vorfinden, die 90 °-Abwinkelungen hinter dem Bauwerk haben, kann man nicht durchschauen, es entstehen Angsträume, insbesondere für Frauen und Kinder. Wir wollen eine kostenoptimierte Lösung. Wir wollen es wirklich nehmen, was die Verwaltung und Bahn in der Planungsvereinbarung schreiben: Untersuchung sowohl als auch. Jede Variante muss als landstraßengerechte Lösung planbar sein und dann als Stadtstraßenvariante untersucht werden. Ist sie als Landstraßenlösung aus radien- oder planungsrechtlichen Gründen nicht möglich, scheidet sie in der Untersuchung aus. Wir hätten gerne, dass sie möglichst kurzfristig kommt.

Wir wollen uns gar nicht festlegen auf die Anzahl der Varianten, sondern dies ergibt sich aus der Planungsvereinbarung, dass sowohl Planungsuntersuchungen getroffen werden für die Beibehaltung der L 90, also unter dem Gesichtspunkt einer erfolgten Abstufung der L 90 zu einer Stadtstraße und unter Einschluss der planfestgestellten Ersatzmaßnahme.

Insofern sollen diese Varianten, die gemachten Forderungen, die im BPVA gestellt worden sind, enthalten.

Daraus ergibt sich, dass die Planungsvereinbarung entsprechend anzupassen ist. Diese Forderungen könnten meiner Meinung nach in der Planungsvereinbarung unter § 4, Abs. 2 Buchst. b) aufgenommen werden. Dort heißt es: '...Die einzuhaltenden Randbedingungen werden zwischen den Beteiligten abgestimmt und festgelegt'

Dort müsste m. M. ein Unterabsatz erfolgen, worin diese städt. Forderung festgelegt werden könnte."

Mitglied Diks verweist auf die geänderte Vorlage, die das Ergebnis der Beratungen - vereinfacht dargestellt - aus dem BPVA widerspiegelt. Er geht davon aus, dass die Beschlusslage aus dem Fachausschuss heute hier beschlossen wird.

Mitglied Beckschaefer geht davon aus, dass die sog. kleine Lösung, wie von der FDP gefordert ist, nicht weiter Beratungsgegenstand ist. Dieses ist Voraussetzung, dass die BGE heute dem Beschluss zustimmt. Die Ostwallvarianten lassen Baumaßnahmen zu, die eine Sperrung der B 8 größtenteils vermeiden, so dass eine Beeinträchtigung der Innenstadt umgangen wird.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs verweist bei seinen Ausführungen auf die Vorlage und erläutert, dass die Variante der sog. kleinen Lösung B auch mit untersucht werden muss, um das Verfahren sicher zu machen. Wird diese Variante B nicht mit untersucht, wird im Verfahren ein formeller Mangel vorgelegt. Nach Aussage der Bahn AG ist diese Untersuchung mit zu gewährleisten, damit dieses zum Schluss formwirksam ablaufen kann.

Mitglied Wernicke stellt den Antrag, nach Vorlage zu empfehlen.

Der stellv. Vorsitzende lässt hierüber abstimmen

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein stimmt dem Abschluss einer Planungsvereinbarung bezüglich eines Variantenvergleiches betreffend der Aufhebung des Bahnüberganges "Am Löwentor" zu.

In dem Anforderungsprofil des gutachterlichen Variantenvergleiches ist aufzuführen, dass neben den in der Vorlage genannten Kriterien, u. a. nur behindertengerechte Lösungen mit einer offenen Gestaltung ohne Angsträume zur Ausführung kommen sollen, kostenoptimierende Gesichtspunkte sind zu berücksichtigen, Zeiteinsparungen der Umsetzung mit zu untersuchen.

Beratungsergebnis: 17 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Der stellv. Vorsitzende Ulrich übergibt den Vorsitz an den Vorsitzenden Horst Boch.

**7 05 - 13 1301/2003 E1 43. Änderung des Flächennutzungsplanes betreffend  
Darstellung einer Konzentrationszone für  
Windenergieanlagen ;  
hier: 1. Bericht zur durchgeführten 4. Offenlage  
2. Feststellungsbeschluss**

Mitglied Bongers stellt den Antrag, die Vorlage ohne Empfehlung an den Rat zu verweisen.

Auf Anfrage von Mitglied Diks teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass die Bezirksregierung ein Gutachten bei der LÖBF in Auftrag gegeben hat, um die Frage, die sie im Vorfeld schon schriftlich beantwortet haben, nochmals zu klären. Als Auskunft hat die Verwaltung bekommen, dass es im Grundsatz bei der schriftlichen Erläuterung bleibt. Die Bezirksregierung wird nochmals an die LÖBF herantreten, dass die Antwort auf die zweite Frage bis zur Sitzung des Rates vorliegt.

**Zu 1)**

- a) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Deutschen Telekom mit der Stellungnahme der Verwaltung abgewogen sind.
- b) Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Landesbetriebes Straßenbau NRW, Niederlassungen Wesel und Krefeld, mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- c) Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Staatlichen Umweltamtes Krefeld -Fachteil Wasserwirtschaft- mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- d) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Unteren Wasserbehörde mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- e) Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Kreisgesundheitsamtes mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- f) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Unteren Landschaftsbehörde mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- g) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Naturschutzverbände mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- h) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Landwirtschaftskammer Rheinland sowie der Betreiber der Windkraftanlagen im Ortsteil Vrssett mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- i) Der Rat beschließt, dass die Anregung des CDU-Ortsverbandes Hüthum - Borghees - Klein-Netterden mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- j) Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes in Vertretung der Eheleute Köster mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.

- k) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Frau Menton mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- l) Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Herrn Thüß mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- m) Der Rat stellt fest, dass die Belange der Wehrbereichsverwaltung West III von der Darstellung einer Konzentrationszone für WEA südlich der Autobahn nicht betroffen sind.

#### **Zu 2)**

Der Rat beschließt den beiliegenden Änderungsentwurf mit Erläuterungsbericht gemäß § 2 Abs. 1 i.V. mit Abs. 4 BauGB als 43. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Emmerich am Rhein. Die Darstellungen des Flächennutzungsplanes werden hierdurch in der Weise abgeändert, dass im Ortsteil Klein-Netterden südlich der Bundesautobahn A 3 zwischen Autobahnanschluss Emmerich/'s-Heerenberg und Dürkolfstraße ein 80 m breiter Streifen parallel zur Autobahn als „Konzentrationszone für Windenergieanlagen“ dargestellt wird. Hierbei wird die bisherige Darstellung des betroffenen Bereiches als „Fläche für die Landwirtschaft“ überlagert. Gleichzeitig wird gemäß § 16 Abs. 1 BauNVO eine Höhenbeschränkung der Windkraftanlagen auf eine maximale Höhenlage der Rotorachse von 100 m über dem gewachsenen Grund festgesetzt. Das Beratungsergebnis des ALU wird in der Sitzung bekannt gegeben.

Beratungsergebnis: ohne Empfehlung an den Rat

#### **8 10 - 13 1321/2003 Fachtagung Forschungsprojekt "Potenzial und Wirkungen des Jugendhilfeausschusses " am 30.04.2003 in Münster**

Mitglied Arntzen benennt für die CDU-Fraktion die Teilnahme von Mitglied Gerhard Gertsen. Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt gemäß § 6 Abs. 4 Buchst. a) der Hauptsatzung die Teilnahme der Ratsmitglieder Frau Elke Trüpschuch und Herrn Gerhard Gertsen zu der Fachtagung "Potenzial und Wirkungen des Jugendhilfeausschusses" am 30.04.2003 in Münster.

Beratungsergebnis: 18 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

## 9

**Mitteilungen und Anfragen**Mitteilungen

1. Geschwindigkeitsbegrenzung Bahnweg Vrasselt;  
hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs

Der Erste Beigeordnete Dr. Wachs beantwortet die entsprechende Anfrage von Mitglied Bongers aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 28.02.2003 wie folgt: Die verwaltungsseitige Prüfung, die auch eine Ortsbesichtigung mit der Polizei umfasst, hält eine weitere Geschwindigkeitsreduzierung - auch aufgrund der Tatsache, dass sich keine Unfälle ereignet haben - für nicht angebracht.

2. Bebauungsplan Eul & Günter;  
hier: Mitteilung vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs

Erster Beigeordneter Dr. Wachs bezieht sich auf noch ausstehenden ökologischen Ausgleich im o. g. Bebauungsplanbereich aus dem Jahre 1993. Hier sollte eine Abpflanzung an einer Grundstücksgrenze erfolgen. Diese Anpflanzung ist an einem Teil der Grundstücksgrenze und darüber hinaus erfolgt. An dem südlich gelegenen Teil des Grundstückes muss diese Abpflanzung noch durchgeführt werden. Diese wird in der nächsten Pflanzperiode im Herbst geschehen.

Der Rat hat vor einiger Zeit eine vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes beschlossen, die auch vom Gesetz so vorgesehen ist. Die nachbarlichen Gesichtspunkte werden, wenn der entsprechende Antrag gestellt wird, im Bauordnungsverfahren berücksichtigt. Die Verwaltung wird die Petenten entsprechend unterrichten.

Anfragen

1. Ordnungsgeld;  
hier: Anfrage von Mitglied Diks

Mitglied Diks fragt nach, ob nicht ein Ordnungsgeld erhoben werden kann, wenn gerade neu hergestellte Straßen nach relativ kurzer Zeit wieder aufgerissen werden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs verweist darauf, dass der Zustand der Straße wieder hergestellt werden muss, wie es im Vorfeld gewesen ist, wenn Stadtwerke o. ä. Einrichtungen an das öffentliche Kanal- oder Stromnetzarbeiten vornehmen.

Die Anregung von Mitglied Diks wird die Verwaltung prüfen.

2. Ehem. Rewe-Center;  
hier: Anfrage von Mitglied Tenhaef

Auf entsprechende Anfrage von Mitglied Tenhaef teilt der Vorsitzende mit, dass die Mietverträge in Kürze unterschrieben werden, die Firma in das ehem. Rewe-Center einzieht und in dem anderen Bereich eine Nachfolgefirma kommt.

Die Firma Extra wünscht noch eine abschließende Frage der Verkehrsführung der Innenstadt.

3. Mietverträge im alten Rathaus Elten;  
hier: Anfrage von Mitglied Spiertz

Mitglied Spiertz regt an, aufgrund der Tatsache, dass in der letzten Sitzung des BPVA überlegt wurde, das Rathaus in Elten zu verkaufen, die Vereine, die dort Räume gemietet haben, im Sportplatzgelände des Fußballvereins unterzubringen.

4. Kreisverkehr Nollenburger Weg;  
hier: Anfrage von Mitglied Beckschaefer

Auf die Anfrage von Mitglied Beckschaefer berichtet die Verwaltung, dass der Termin mit dem Straßenbaulastträger betr. des Kreisverkehrs Nollenburger Weg/B 220 auf den 10.04.2003 festgelegt ist.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf.

5. Steuer für Zweitwohnsitz;  
hier: Anfrage von Mitglied Struckhof

Mitglied Struckhof fragt nach, ob es für Emmerich Sinn macht, eine Steuer für einen Zweitwohnsitz einzuführen.  
 Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

## **10                                      Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner anwesend.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.40 Uhr, nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführerin